



Freiburg, den 19.06.23

## Initiative für eine Willkommensbehörde in Freiburg

Die **Kommission für Chancengleichheit und Teilhabe** des Migrantenbeirats engagiert sich für Chancengleichheit für Migranten und Geflüchtete in Freiburg. Durch dieses Engagement sind wir mehrfach auf strukturelle Probleme gestoßen, die sich in unserer Freiburger Ausländerbehörde manifestieren und unter denen die Betroffenen leiden.

Im **Dezember 2022** hat unser Kommissionsmitglied Ralph Ucheh mit einem [Ausländerbehörden-Adventskalender](#) des Satirikers Jan Böhmermann uns unsere Verantwortung gegenüber den Freiburger Migranten in Erinnerung gerufen und auf unserer Kommissionssitzung im **Januar 2023** haben wir entschieden, dieses Thema aufgrund seiner zentralen Bedeutung in den Fokus zu nehmen. Auf der Vollversammlung des Landesverbands kommunaler Migrantenvertretungen Baden-Württemberg im **März 2023** haben Mitglieder des Migrantenbeirates und unserer Kommission sich über die Situation in den Ausländerämtern im Land informiert und von einem Vertreter des Städtetages Baden-Württemberg erfahren, dass die **Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände** angesichts der chronischen Überlastung der Ausländerbehörden bereits im Februar 2023 einen **Warnruf und Appell** zur Vereinfachung des Aufenthaltsrechts an das Bundesministerium des Inneren und für Heimat gerichtet hat. In seiner Ausgabe 12/2023 vom 17.03.23 titelt [Der Spiegel](#) „Die Notaufnahme der Republik. In den Ausländerämtern treffen eine Million Ukraineflüchtlinge und immer mehr Asylbewerber auf überlastete Mitarbeiter, denen ständig weitere Aufgaben aufgedrückt werden. Aus dem Leben in einer Burn-out-Zone.“ Dieser Artikel ist sehr lesenswert, da er nicht anschuldigt, sondern verständlich macht, welches die konkreten Probleme und ihre Ursachen sind.

Da Mitglieder unserer Kommission mehrfach u.a. von Betroffenen und Arbeitgebern über inakzeptable **Bearbeitungsrückstände** informiert und um Hilfe gebeten wurden, sind unser Kommissionsvorsitzender Jascha Andrew Hilkwitz, Ralph Ucheh und zwei Freiburger Migranten am **1. April 2023** zur Frühjahrstagung des Flüchtlingsrat Baden-Württemberg gefahren, u.a. um in der **Arbeitsgruppe „Black Box Ausländerbehörde“** mehr über die Arbeitsweise und komplexen Aufgaben der Ausländerbehörden zu erfahren.

**Die Probleme unserer Freiburger Ausländerbehörde bei der Bearbeitung von Anträgen auf Aufenthaltstitel betreffen die Mehrheit der Freiburger Migranten und Geflüchteten und können ihre Teilhabechancen hinsichtlich existenzieller Dinge wie Zugang zum Arbeitsmarkt, zu bezahlbarem Wohnraum, zu Bildung, zu Sozialleistungen sowie ihre Reisefreiheit stark beeinträchtigen. Daher wollen wir uns dieses überfälligen Themas annehmen, um in einem konstruktiven Dialog auf Augenhöhe mit den betroffenen Ausländern, den zuständigen Behörden und Politikern die genaue Problemlage in Freiburg sowie mögliche Problemlösungen zu klären, damit die Freiburger Ausländerbehörde befähigt wird, ihre Kernaufgaben Kunden- und integrationsorientiert sowie mit vertretbaren Bearbeitungszeiten zu erfüllen.**

## Wahrnehmbare Probleme:

1. **Zu lange Bearbeitungszeiten:** es dauert häufig zu lange, bis Betroffene dringend benötigte Informationen, Termine, einen beantragten neuen Aufenthaltstitel, eine Verlängerung ihres Aufenthaltstitels oder eine Antwort auf eine per Mail übermittelte dringende Frage erhalten. Dies kann zu Problemen und Benachteiligung bei der Aufnahme und Verlängerung eines Arbeitsverhältnisses führen z.B. wenn ein Arbeitgeber den Mitarbeiter sofort braucht und aufgrund der zu langsamen Bürokratie, sich für einen Mitbewerber entscheidet. Gerade in Zeiten des Fachkräfte- und Hilfskräftemangels benötigen Ausländer und Arbeitgeber verlässliche und möglichst unbürokratische Rahmenbedingungen für Beschäftigungsverhältnisse.
2. **Personalmangel**, viele Krankheitsausfälle und hohe **Mitarbeiterfluktuation**
3. **unzureichende Service-Orientierung** und Wertschätzung gegenüber Geflüchteten, Migranten und Fachkräften. Mehrfach wurde uns berichtet, dass Betroffene aufgrund schlechter Erfahrungen/wegen teils schwer verständlicher Sachverhalte Angst vor nötigen Vorsprachen haben und deswegen gerne eine Begleitperson mitnehmen.
4. **Ausländer werden nach Nationalität teils unterschiedlich behandelt.** Freiburger Geflüchtete berichten, dass Menschen mit bestimmter Nationalität unbürokratisch bedient werden, während Menschen anderer Nationalität viele Monate nach Antragstellung noch immer keine Aufenthaltstitel haben und deshalb weder Kindergeld noch vergünstigte Monatskarten erhalten. Seit die ukrainischen Flüchtlinge gekommen sind, hätten sie oft hören müssen, dass die Behörde überlastet ist, und deswegen seien ihre Anträge nicht bearbeitet worden, obwohl auch sie Flüchtlinge sind. Diese Ungleichbehandlung steht im Widerspruch zum **Gleichbehandlungsgebot** nach **§3 Grundgesetz** und gefährdet zudem den sozialen Frieden!
5. Zu viele und zu komplizierte **Gesetze** sowie mehr Vorgaben als sich unter den realen Bedingungen umsetzen lassen

## Mögliche Problem-Ursachen:

1. **fehlendes strukturiertes** Informations-, Kommunikations-, Antrags- und Sachstandssystem. Bei der Analyse von Mailwechseln zwischen Ausländern und nicht selten wechselnden Sachbearbeitern wird die Ineffizienz dieser Kommunikationsform deutlich auch wenn oft beide Seiten sich bemühen.
2. Unzureichende Attraktivität **der Ausländerbehörde** für Mitarbeitende?
3. Fehlendes Bewusstsein, dass die Ausländerbehörde trotz ihrer legitimen ordnungspolitischen Aufgaben, auch eine **Mitverantwortung** dafür trägt, dass Integration durch gegenseitige Wertschätzung, qualifizierte Beratung und rechtzeitige Bearbeitung dringender Anliegen gelingt.
4. Erhöhter Zuzug von Geflüchteten u.a. durch den Ukraine-Krieg
5. **inflationäre** bis aktionistische Verabschiedung neuer **Gesetze** mit nicht mehr bewältigbarem Bearbeitungsaufwand für die Ausländerbehörden

## Unsere Forderungen an die Verantwortlichen in Freiburg, Land u. Bund:

1. Das **Einbürgerungsverfahren** weiter beschleunigen, denn jeder Eingebürgerte, bedeutet eine Entlastung der Ausländerbehörde!
2. **Beschleunigung der Bearbeitung via Reduzierung des Bearbeitungsaufwands**
  - a. durch die Ausstellung von **Aufenthaltsdokumenten mit längstmöglicher Gültigkeit**, mindestens 1, besser 2 Jahre wie bei den Ukraine-Flüchtlingen. Wenn

Wohngeldstellen und Jobcenter in Ausnahmesituationen ihre Bewilligungsbescheide für längere Zeiträume erstellen durften, so muss dies auch der Ausländerbehörde ermöglicht werden!

- b. durch **Schaffung** eines **modernen strukturierten digitalen** Informations-, Kommunikations- und Antragsystems mit Priorisierungsmöglichkeit und online-Antrags-Tracking, das die nötige Transparenz schafft und die Mitarbeiter der Ausländerbehörde vor bearbeitungsintensiven Sachstandsangelegenheiten schützt.
  - c. durch die **Schaffung zusätzlicher Stellen** mit qualifiziertem Personal und deutlich besseren Arbeitsbedingungen
3. **Chancengleichheit** für alle Ausländer, unabhängig von Nationalität und Herkunft! Freiburg und Deutschland sind auf die Zuwanderung von Hilfskräften und Fachkräften sowie auf eine gelingende Integration angewiesen und können es sich daher nicht länger leisten, manche zu begünstigen und andere zu benachteiligen, auch da sonst der gesellschaftliche Zusammenhalt durch eine Gerechtigkeitslücke gefährdet wird.
  4. Die Mitarbeiter der Ausländerbehörde und des Empfangs sollten **Namensschilder** tragen, damit eventuelle Beschwerden richtig adressiert werden können.
  5. **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** müssen im Hinblick auf die aktuellen Wartezeiten in der Vorsprache-Schlange vorrangigen Zugang erhalten – zumindest so lange bis die Krisensituation überwunden ist. Außerdem muss eine gut erreichbare **Hotline für Arbeitgeber** eingerichtet werden, solange die allgemeine telefonische Erreichbarkeit kaum gegeben ist.
  6. **Praxistaugliche Vereinfachung** und Modernisierung von Aufenthalts- und Zuwanderungsgesetzen inklusive Verwaltungsvorschriften, damit Integration gelingt und nicht durch zu viel Bürokratie behindert wird.

### Wir wollen:

1. **den Dialog** mit den Gemeinderäten und Leitern des AMI und der Ausländerbehörde suchen bzgl. Problemanalyse und möglichen Lösungsansätzen.
2. **gemeinsame Hospitationen** von Mitgliedern des Migrantenbeirates, von Migrantenorganisationen und des Gemeinderates anstoßen, damit Interessenvertreter einen eigenen Eindruck von der Problematik und den Herausforderungen bekommen.
3. **Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit** im Interesse einer gelingenden Integration und aller Betroffenen machen. Strukturelle Probleme sollen anhand geeigneter Einzelfälle veranschaulicht werden.
4. **Eine öffentliche Diskussions-Veranstaltung** mit Betroffenen, Amtsvertretern und politischen Vertretern sowie externen Experten organisieren.

### Anlagen:

1. **Brief** an die Leiterin des Amtes für Migration und Integration der Stadt Freiburg
2. **Schreiben der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände** an das Bundesministerium des Innern und für Heimat vom 07.02.23

**Gender-Hinweis:** Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.